Mehr Netz braucht das Land

Alle Parteien sprechen sich vor der **Landtagswahl in Schleswig-Holstein** für einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Aber auch für 100 Prozent? Da gibt es Unterschiede.

Text: Dierk Jensen

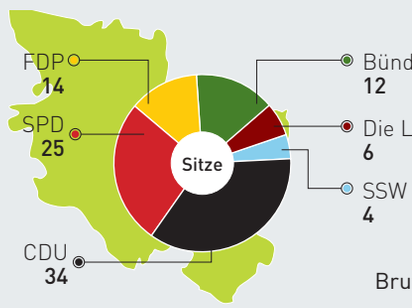
Wind und Wasser: Derzeit sind in Schleswig-Holstein Mühlen mit rund 3200 Megawatt Leistung am Netz, angepeilt sind bis Ende des Jahrzehnts knapp 10.000 Megawatt.

Alle Wahlkämpfer, ob sie nun Piraten, Grüne, Schwarze, Gelbe oder Rote sind, kommen nicht an diesem Dilemma vorbei, wenn sie an der Westküste unterwegs sind: Der Wind weht kräftig aus westlicher Richtung, die Sonne scheint und doch stehen die Windräder still. Eine Szene, die gerade in den schleswig-holsteinischen Landkreisen Nordfriesland und Dithmarschen immer häufiger anzutreffen ist. Und wenn man den Äußerungen von Martin Groll, Pressesprecher des Übertragungsnetzbetreibers Tennet, aufmerksam lauscht, wird sich daran in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch nicht viel ändern. Denn die für diese Region geplante 380-Kilovolt(kV)-Trasse wird von Süden kommend nicht vor 2015 bis zur Kreisstadt Heide reichen. Noch mal vier Jahre wird es dann dauern, bis diese Höchstspannungsleitung bis Niebüll, südlich der dänischen Grenze, steht. Wenn sich also nichts Gravierendes ändert, lässt sich der Windstrom an der schleswig-holsteinischen Westküste – zumindest mittelfristig – nicht voll ausschöpfen.

Das ist ernüchternd und konterkariert die allseits erklärte Energiewende. Weshalb gerade dieses Thema in der energiepolitischen Debatte vor den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen am 6. Mai, weit vor allen anderen Aspekten wie Energiepflanzenanbau, Kohlekraftwerke, CCS und Photovoltaik-Krise, den größten Raum einnimmt. Gefährdet doch das Nadelöhr Netz den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein von derzeit rund 3200 Megawatt (MW) Leistung auf die im laufenden Jahrzehnt angepeilten knapp 10 000 MW.

Schleswig-Holstein vor der Wahl

Ministerpräsident: Peter Harry Carstensen (CDU)
Sitzverteilung im Landtag: 34 CDU, 25 SPD, 14 FDP, 12 Bündnis90/Die Grünen, 6 Die Linke, 4 SSW



Landesfläche	**15 799,07 km²**
Einwohner	**2 835 467**
Arbeitslosigkeit	**7,7 %** (Februar 2012)
Bruttoinlandsprodukt	**75,63 Mrd. Euro** (2010)

SSW=Südschleswigscher Wählerverband.

Quelle: Landtag Schleswig-Holstein

Bürgernetze bauen

„Die privaten Netzbetreiber haben jahrelang die Füße still gehalten, deshalb ist nicht nur die Landesregierung am schleppenden Netzausbau schuld“, klagt Hermann Albers. Der Präsident des Bundesverbands WindEnergie (BWE) und zugleich schleswig-holsteinischer BWE-Landesvorsitzender fordert daher die zukünftige Landesregierung auf, keine weitere Zeit mehr verstreichen zu lassen. „Die neue Landesregierung muss sehr schnell mehr Druck auf die Netzbetreiber ausüben, damit das Investitionsvolumen von zehn Milliarden Euro überhaupt geschultert werden kann.“

Die bislang versäumten Baumaßnahmen sind in der Tat mächtig. So fehlen laut der Dena-Netzstudie (Dena II) bis zum Jahr 2020 allein in Schleswig-Holstein über 500 Kilometer 380-kV-Trassen. Aber nicht nur auf der Höchstspannungsebene gibt es Ausbaubedarf, auch im 110-kV-Netz fehlt es vielerorts an Leitungen. Diesem dräuenden Infrastrukturproblem, von dem Experten schon seit vielen Jahren warnen, konnte auch die noch amtierende Kieler Landesregierung unter Ministerpräsident Peter ▶

Foto: Jens Meier

Zuversichtlich: SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig ist überzeugt, dass die Energiewende Schleswig-Holstein mehr Arbeit, mehr Lebensqualität und Wachstum bescheren wird.

Harry Carstensen nicht mehr ausweichen. Um den Netzausbau zu forcieren, startete die Landesregierung zusammen mit Netzbetreibern, BWE und der Arge Netz – eine von Windparkbetreibern in Nordfriesland gegründete private Netzgesellschaft – eine Initiative, die das Genehmigungsverfahren beim Netzbau beschleunigen helfen soll. Dabei geht es auch um eine größere Transparenz im Auswahl- und Genehmigungsverfahren, wodurch sich Bürger frühzeitiger als bisher beteiligen können. Unterdessen haben BWE und die Arge Netz schon Vorschläge unterbreitet, den Netzausbau zum Teil selbst in die Hand zu nehmen und im 110-kV-Bereich so genannte „Einspeisenetze" selbst zu bauen und zu betreiben. „Wir können im Bereich der 380-kV-Netze unter dem Titel ‚Bürgernetze' Akzeptanz für den Netzausbau dadurch sichern, dass die Bürger entlang der Trassen eine Beteiligungsmöglichkeit erhalten, einschließlich einer angemessenen Verzinsung ihres Kapitals", setzt Albers auf Partizipation. Zumal jede Trasse auch einen massiven Eingriff in die Landschaft und in die Lebensqualität der Anwohner bedeutet.

„Wir machen uns für echte Spielräume bei der Ausgestaltung stark. Bei der 380-kV-Höchstspannungsebene gehören strahlungsarme Stromnetze und alternative Trassenführungen dazu, die Abstand zu Ortschaften und besonders sensiblen Naturräumen halten", fordert nicht zuletzt Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck und fügt hinzu, „dass die Grünen die Möglichkeit des Energiewirtschaftsgesetzes nutzen wollen, neue 110-kV-Trassen grundsätzlich als Erdkabel auszuführen. Das erhöht die Versorgungssicherheit im Winter und sieht landschaftlich schöner aus."

> **„Kein anderes Bundesland hat eine solch wichtige Rolle bei der Energiewende. Kein anderes Land kann so schnell wie wir auf fossile Energieträger verzichten."**
>
> Torsten Albig, SPD

Apropos schön. Das ist auch der grüne Schal von Jost de Jager, mit dem der Spitzenkandidat der CDU und derzeitige Wirtschaftsminister in der Kieler CDU-FDP Koalition auf Plakaten und Werbefilmen auftritt. „Die Beteiligung der am Netzausbau betroffenen Kommunen halte ich für wichtig", bekennt sich de Jager zur infrastrukturellen Erneuerung, die er als „Achillesferse der Energiewende" betrachtet. Für ihn sind „Beschleunigung und Beteiligung" kein Gegensatz. Allerdings fehlt es überall an Geld, weshalb Peter Harry Carstensen erst vor kurzem in Brüssel vorstellig wurde, um den Ausbau der Stromnetze zu thematisieren und dies als europäische Aufgabe zu deklarieren. Er erhofft sich europäische Fördergelder für den Netzausbau von Dänemark bis südlich der Elbe.

Raus aus der Kohle?

Obwohl de Jager der Windenergie eine „Schlüsselrolle bei der Energiewende" beimisst, spricht er sich im Wahlkampf nicht gegen den geplanten Bau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel aus. Sein Argument: „Kohle ist auch weiterhin ein Teil des Energiemix, der unser Bundesland grundlastsicher und kostengünstig mit der benötigten Energie versorgen wird." Interessanterweise sagt de Jager an anderer Stelle, die CDU peile an, „dass Schleswig-Holstein spätestens bis 2020 seinen Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien deckt". Nach den Vorstellungen der Landes-CDU ist dies mit dem „Ausbau der Windenergie on- wie offshore, ergänzt mit Biomasse und Photovoltaik" gut realisierbar. Dass dies kein visionäres Gedankengut ist, beweist ein Blick auf die Statistik: Schon im Jahr 2010 lag der erneuerbare Anteil am schleswig-holsteinischen Stromverbrauch bei rund 50 Prozent, während er sich in Deutschland bei 17 Prozent einpendelte. Und im vergangenen Jahr hätten allein die Windturbinen im Land schon 46,5 Prozent des Bedarfs decken können. Den Weg hin zu 100 Prozent Erneuerbare will nicht ▶

Foto: Tim Riediger/dapd/ddp images

YES WE DO

> Ja, wir wissen, dass die Technologie uns von anderen unterscheidet

> Ja, wir teilen Ihre Leidenschaft der Reduzierung Ihrer Energiekosten

> Ja, wir machen Sie durch Optimierung der Energieausbeute und Maximierung der Leistung besser

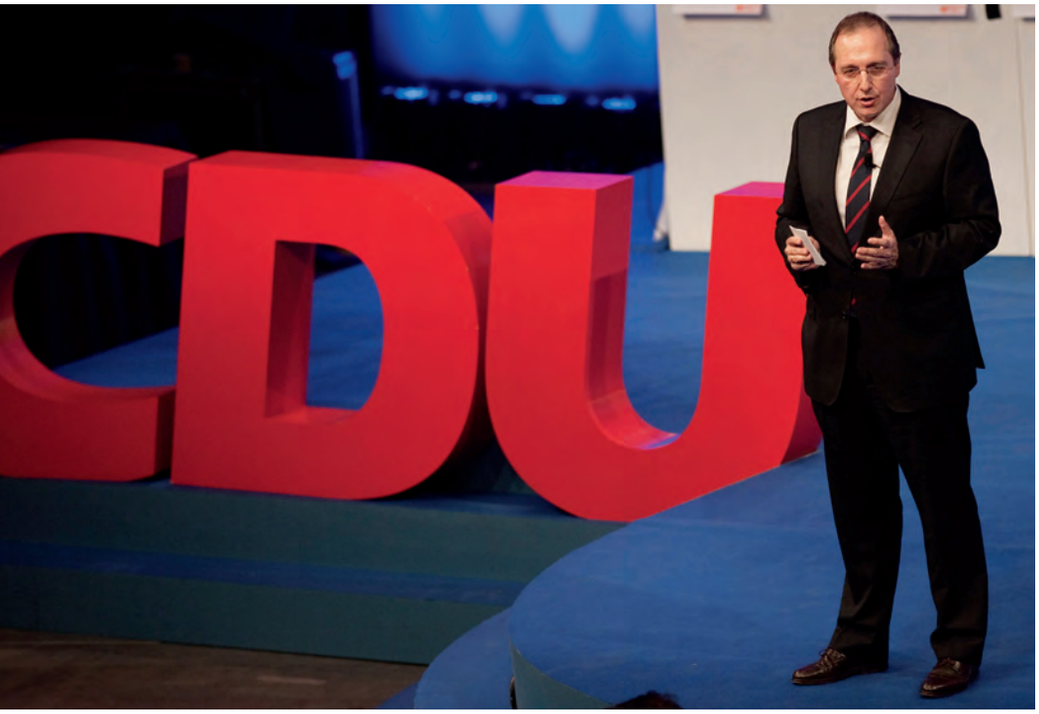
> Ja, wir sind überzeugt, dass unsere Technologie Ihre Gewinne erhöhen wird

JA, WIR MACHEN HIGH-TECH

Gamesa_Official /gamesaofficial

GLOBAL TECHNOLOGY
EVERLASTING ENERGY
www.gamesacorp.com

Gamesa



Zwiespältig: Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) spricht sich nicht gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke aus, peilt aber gleichzeitig an, Schleswig-Holstein bis 2020 zu 100 Prozent mit Erneuerbaren zu versorgen.

nur der Christdemokrat gehen. Letztlich wollen offenbar alle Parteien, die sich um Mandate im schleswig-holsteinischen Parlament bewerben, den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Selbst die Landes-FDP bekennt sich, unbeirrt der gegenwärtigen liberalen Irrläufe in Berlin, frank und frei zu Wind & Co. „Wir wollen die Windeignungsflächen von derzeit 1,5 Prozent auf zwei Prozent erhöhen. Weiterhin wollen wir die Abstände zu Wäldern und Gewässern erster Ordnung auf die durch das Bundesgesetz vorgegebenen Größen reduzieren“, verspricht der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Oliver Kumbartzky, dem Wahlvolk. Und er legt noch einen drauf: „Im Bereich der Offshore-Windenergie wollen wir die Genehmigung stark vereinfachen. Damit der in diesem Bereich produzierte Strom abgenommen werden kann, setzt sich die FDP für die Erforschung neuer Speichertechnologien ein, wie auch für den Bau einer Seekabelverbindung zwischen Norwegen und Deutschland.“ Indessen kritisieren die schleswig-holsteinischen Grünen zum Thema Offshore-Windenergie, dass das nördlichste Bundesland seine großen Chancen beim Anlagenbau, der Logistik und dem Servicebetrieb für Offshore in der Vergangenheit nicht genutzt habe. „Bevor sich das Fenster ganz schließt und alle Wertschöpfungsketten verlagert werden, ist entschiedenes politisches Handeln gefragt“, insistiert Grünen-Spitzenkandidat Habeck. „Wir wollen Helgoland als Wartungs-Hafen, Brunsbüttel als Montage-Hafen und die Westküsten-Häfen, hier vor allen Dingen Büsum, als Service-Häfen eine richtige Chance geben.“

> **„Kohle ist auch weiterhin ein Teil des Energiemix, der unser Bundesland grundlastsicher und kostengünstig mit der benötigten Energie versorgen wird.“**
>
> Jost de Jager, Wirtschaftsminister, CDU

Aber zurück zur FDP, die nach den jüngsten Umfragen bei vier Prozent der Stimmen liegt. Je schlechter die Werte, umso mehr spitzen die Liberalen ihren Wahlkampf auf den unkonventionell und wenig parteisoldatisch argumentierenden Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki zu. Doch wenn die FDP tatsächlich aus dem Landtag rausfliegt und die Linken huckepack hinterher und die Piratenpartei es nicht schafft, dann ist ein rot-grünes Bündnis wahrscheinlich. Sollte die CDU stärkste Kraft im Land bleiben, sind durchaus andere Konstellationen denkbar. Zumal mit dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW), der laut Landesverfassung nicht die Fünf-Prozent-Hürde meistern muss, noch weitere Koalitionsoptionen bestehen. Allerdings präferieren die Grünen, trotz aller christdemokratischer Flirtversuche, die Sozialdemokraten mit deren Spitzenkandidaten Torsten Albig. Und der will die erneuerbaren Energien auch ohne Wenn und Aber. „Kein anderes Bundesland hat eine solch wichtige Rolle bei der Energiewende“, meint Albig. „Kein anderes Land kann so schnell wie wir auf fossile Energieträger verzichten. Kein anderes Land hat im Rahmen der Energiewende solche großen Chancen auf mehr nachhaltiges Wachstum, mehr regionale Wertschöpfung, mehr Arbeit und mehr Lebensqualität.“ Markige Worte, an denen sich Albig, sollte er denn Ministerpräsident werden, messen lassen müsste. Genauso wie seine Botschaft an den traditionsreichen Messestandort Husum und das Ansinnen der Hamburger, den Nordfriesen ab 2014 mit einer gleichzeitig stattfindenden Windmesse das Wasser abgraben zu wollen. „Die Windgeschichte in Europa wird im Norden Deutschlands geschrieben. Es wäre absolut falsch, wenn wir an einem Wochenende 100 Kilometer auseinander den Weltunternehmen zwei Messen gleichzeitig anbieten. Ich bin überzeugt, wir werden eine gemeinsame Lösung finden, die Wertschöpfung für die gesamte Region schafft“, sagt Albig. Wie heißt es doch an der Waterkant: abwarten und Tee trinken. ◀

Foto: Axel Heimken/dapd/ddp images